



**Verhaltenskodex zu Politisch-Militärischen Aspekten der Sicherheit
Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa**

Berlin, 2 Juni 2016

**Doris Barnett
(Abgeordnete des Bundestages, Deutschland)**

[Redevorlage]

Vielen Dank. Ich bedanke mich herzlich für die Einladung zur heutigen Konferenz.

Meine Damen und Herren,

wir leben in einer Zeit tiefgreifender Veränderungen im sicherheitspolitischen Umfeld. Die Intensität bewaffneter Konflikte nimmt heute, nach Einschätzung vieler Experten, dramatisch zu. Wir beobachten neue Aufrüstungstendenzen, die Rückkehr von überwunden geglaubten Spannungen und das Aufflammen neuer Kämpfe.

Auch der Charakter der Konflikte hat sich gewandelt. Die Lage ist weniger berechenbar als früher, sie ist viel komplexer und dynamischer geworden. Die Anzahl der internen und externen Akteure, die an einem Konflikt beteiligt sind, hat deutlich zugenommen. Dabei spielen nichtstaatliche Gewaltakteure eine immer größere Rolle. Wer gegen wen, mit wessen Unterstützung, mit welchen Zielen und Interessen heute Krieg führt – da den Überblick zu behalten, geschweige denn Entwicklungen vorherzusagen, ist alles andere als leicht, weshalb hier eine intensive interdisziplinäre, transsektorale und internationale Zusammenarbeit gerade auch unter Parlamentariern erforderlich ist.

Auch die Instrumente der bewaffneten Auseinandersetzungen werden vielfältiger. Seit einigen Jahren prägt der Begriff „Hybride Kriegsführung“ die Diskussionen rund um das Thema Sicherheit. Zivile Maßnahmen, ökonomische, informationelle, technologische Mittel werden dabei zum Zwecke des Konfliktes und nicht des Friedens genutzt.

Organisierte Kriminalität und Gewaltökonomien florieren und profitieren von jedem neuen Konflikt, von der Erosion staatlicher Steuerungsfähigkeiten und dem Fehlen bzw. der Unfähigkeit demokratischer Strukturen.

Der globale Terrorismus ist mitten in Europa angekommen.

Überall im OSZE-Raum und darüber hinaus erleben wir Radikalisierung, Polarisierung und Spaltung der Gesellschaft. In Europa erhalten Rechtspopulisten und EU-Skeptiker derzeit besorgniserregend viel Zuspruch. Das Vertrauen in demokratische Strukturen sinkt. Die immer komplexer werdende Welt hat keine einfachen Antworten mehr. Wer aber versucht, statt eines einfachen „dann machen wir halt mal“, Abhängigkeiten, Zusammenhänge, Folgewirkungen zu erklären, dem wird nicht nur nicht geglaubt, der wird diffamiert. Das immer größer werdende Ganze, sei es eine Organisation wie die Europäische Union oder das eigene Land mit Menschen aus der ganzen Welt löst Unbehagen aus, das sich in wiederersticktem Nationalismus entlädt. Das scheint fast eine natürliche Erscheinung zu sein, wenn sich die Welt insgesamt stark verändert. Im letzten Jahrhundert haben wir zwei Mal erlebt, wenn Unbehagen in Nationalismus umschlägt. Daraus müssen wir Parlamentarier unsere Schlüsse ziehen und alles daran setzen, dass es kein drittes Mal passiert.

Denn wir sind schon auf dem Weg dahin: Wir alle wissen, dass neue Technologien nicht nur Chancen mit sich bringen, sondern auch Risiken und Gefahren. Denken wir nur an den Einsatz von Drohnen zum Pakete ausliefern, Überwachen, Waffen abwerfen. Noch setzt kein Staat vollautomatisierte Waffensysteme ein, der Trend hin zu immer mehr Autonomie der Waffensysteme ist aber nicht zu übersehen, und technologisch gesehen sind tödliche autonome Waffensysteme keine allzu ferne Zukunftsmusik. Deutschland gehört dabei zu den Staaten, die sich für eine völkerrechtliche Ächtung eben dieser vollautomatisierten Waffensysteme einsetzt.

Schauen wir uns nicht nur Deutschland, sondern die Welt an, dann wissen wir, dass auch die Frage der Cyber-Sicherheit uns noch lange beschäftigen und herausfordern wird.

Die Tendenz zur Ausgliederung der Sicherheitsdienste, Privatisierung der Streitkräfte und Autonomie der Nachrichtendienste ist ein weiteres Merkmal der heutigen Zeit.

All das, meine Damen und Herren, stellt die Sicherheitspolitik und insbesondere die demokratische Kontrolle im sicherheitspolitischen Bereich vor neue Herausforderungen. In Deutschland haben wir beim Auslandseinsatz der Bundeswehr den Parlamentsvorbehalt, den andere Staaten als lästiges Verzögerungsinstrument betrachten.

Weil wir im OSZE-Raum so unterschiedliche Herangehensweisen in Sicherheitsfragen haben, ist die Frage nach der Rolle des OSZE-Verhaltenskodex berechtigt und wichtig.

Im Zeitalter unkonventioneller und komplexer Bedrohungen wird es nicht DIE EINE Antwort der OSZE geben. Es gibt eine Vielfalt an Instrumenten, die wir nutzen können und werden.

Der OSZE-Verhaltenskodex bleibt weltweit einzigartig. Vor allem das Prinzip der demokratischen Kontrolle, die Erweiterung der Kontrolle auf die Kräfte der inneren Sicherheit und die Verbindung der politisch-militärischen und der menschlichen Dimensionen machen den Kodex so wertvoll. Allerdings darf es nicht beim Prinzip bleiben – es bedarf der Anwendung, möglichst aller!

Deshalb ist ein Informationsaustausch und sind regelmäßige Überprüfungskonferenzen als Instrumente zur Umsetzung des Kodexes wichtig und dienen der Vertrauensbildung.

Und Vertrauen ist gerade das, was wir dringend wieder brauchen im OSZE-Raum.

In seiner Außen- und Sicherheitspolitik setzt Deutschland vor allem auf Krisenprävention, auf zivile Maßnahmen zur Konfliktlösung, demokratische Rüstungskontrolle und Transparenz sowie globale Partnerschaften und Zusammenarbeit.

Die OSZE und ihre bereits vorhandenen Mechanismen haben dabei eine besondere Bedeutung. Sie ist eine hervorragende Plattform für Dialog und Vertrauensbildung, nicht zuletzt weil hier verschiedene Konfliktparteien – nicht zuletzt auch die USA und Russland – gleichberechtigt am Tisch sitzen.

Im Rahmen der Parlamentarischen Versammlung der OSZE versuchen wir alte und neue Formate zu nutzen, um den Austausch über verschiedene Wahrnehmungen und Narrative zu ermöglichen und gemeinsame Nenner zu finden. So fand im April dieses Jahres bereits zum zweiten Mal ein Leinsweiler Gespräch der OSZE PV statt – ein Seminar, das 25 Parlamentariern aus 15 Ländern (unter anderem aus Russland, Georgien, Armenien, Aserbaidschan, Moldawien) historische Beispiele für erfolgreiche Lösung von langwierigen Konflikten aufzeigte und Raum für vertrauensvollen Dialog bot.

Es ist ein schwieriger Prozess. Und jedes Instrument, das mehr Transparenz schafft, ist zu begrüßen, denn es ist die Basis für Vertrauensbildung und Konfliktprävention. Dabei reicht es nicht, Daten zu haben. Sie müssen ausgewertet und genutzt werden. Die Daten, die im jährlichen Informationsaustausch gesammelt werden, müssen viel besser analysiert und interpretiert werden. Nur dann können sie bei Verhandlungen genutzt werden.

Ein Blick in die jährlichen Berichte der OSZE-Staaten im Rahmen des Informationsaustausches reicht, um festzustellen, dass der Umfang, die Ausführlichkeit und die Präzision der Angaben sehr unterschiedlich sind. Es ist nicht neu, dass viele Begriffe im Kodex sich weit interpretieren lassen – eine generelle Schwäche, die leicht zu Missverständnissen führen kann. Oft liegt es aber auch am fehlenden politischen Willen und Demokratie-Defizit im jeweiligen Land.

Aber allein die Tatsache, dass alle OSZE-Länder berichten, den Fragebogen ausfüllen, ist ein Fortschritt, auf den wir nicht verzichten dürfen – selbst wenn man über die Qualität dieser Papiere streiten kann.

Das Prinzip der demokratischen Kontrolle, das den Verhaltenskodex so wertvoll macht, bedarf dringend der Parlamentarischen Unterstützung. Es geht um mehr als nur um Sicherheitsfragen, es geht letztlich auch um die Einbeziehung der Zivilgesellschaft. Dass diese immer weiter eingeschränkt wird – gerade auch im OSZE-Raum – sehen wir an den Arbeitsmöglichkeiten von politischen Stiftungen. Deutschland legt deswegen großen Wert darauf, den Kodex sowohl im OSZE-Raum, als auch darüber hinaus bekannt zu machen.